

Zeitschrift:	Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera
Herausgeber:	Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
Band:	40 (1990)
Heft:	4
Artikel:	Vor fünfzig Jahren : der Plan eines mitteleuropäischen Staatenbundes
Autor:	Batowski, Henryk
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-81044

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VOR FÜNFZIG JAHREN: DER PLAN EINES MITTEUROPÄISCHEN STAATENBUNDES

Von HENRYK BATOWSKI

I.

Am 1. November 1940 haben in London die dort residierenden Exilregierungen Polens und der Tschechoslowakei einen Plan der künftigen organischen Zusammenarbeit unterzeichnet und am nächsten Tag in der Presse veröffentlicht.

Es hiess in der Präambel:

«Polen und die Tschechoslowakei ... sind entschlossen, am Ende des Krieges in eine enge politische und wirtschaftliche Assoziation, die die Basis einer neuen Ordnung in Zentraleuropa und eine Garantie seiner Stabilität werden soll, einzutreten. Beide Regierungen geben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich dieser Zusammenarbeit, basiert auf Freiheit der Nationen, den Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte, auch andere Länder des europäischen Kontinents anschliessen werden.»¹

Die geplante Zusammenarbeit beider Staaten war Ergebnis schon seit mehreren Monaten andauernder Vorbereitungen und Besprechungen².

Die seitens Hitlerdeutschlands verübten Aggressionen und Annexionen zwischen März 1938 und September 1939, die zum Verlust der Unabhängigkeit Österreichs, der Tschechoslowakei und Polens geführt hatten, belehrten die polnischen und tschechischen Staatsmänner, die sich nach Westeuropa retten konnten, dass die Politik ihrer Regierungen zwischen beiden Weltkriegen äusserst kurzsichtig und schädlich gewesen war.

Vor allem mussten die Tschechen und Polen daran denken, dass sie die Gefahr des deutschen imperialistischen Dranges nach Osten unterschätzten und ihre Kräfte zur gemeinsamen Abwehr nicht vereinigen wollten. Im Gegenteil, die polnische Diplomatie hat sogar im Herbst 1938 den geplanten deutschen Angriff gegen die Tschechoslowakei erleichtert³. Das hat wenige Monate später zur vollständigen Auflösung der Tschechoslowakei und zur Umklammerung Polens auch von Süden geführt. Als dann Polen an die Reihe kam und im September 1939 von seinen beiden Nachbarn

1 Deutsche Übersetzung aus: W. LIPGENS, Hg., *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945* (München 1968). S. 316, Anm. 1.

2 Archivquellen im Londoner Polish Institute and Sikorski Museum; vgl. P.S. WANDYCZ, *Czechoslovak-Polish Confederation and the Great Powers 1940–1943* (Bloomington, Ind., 1956), passim.

3 Es gab keine vertragliche Verabredung zwischen Deutschland und Polen in dieser Frage, zeitweise bestand jedoch tatsächliche diplomatische Zusammenarbeit. Vgl. H. BATOWSKI, *La politique étrangère polonaise pendant la crise de Munich*, in der Pariser «Revue des études slaves» vol. 52, fasc. 1–2 (1979).

(zuerst vom Westen und später vom Osten) angegriffen wurde sowie von seinen beiden Verbündeten, Frankreich und Grossbritannien, keine tatsächliche Hilfe erhielt, verschwand auch es für fast fünf Jahre aus der Karte Europas⁴.

Hätten vor 1938 Warschau und Prag eine andere Politik geführt, so wären die tragischen Ereignisse von 1938 und 1939 wohl nicht möglich gewesen. Die beiden Staaten hätten die seitens Deutschlands drohende Gefahr zur rechten Zeit begreifen und sich über militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit einigen können. Anstatt dessen haben die kurzsichtigen Politiker, sowohl polnische wie tschechische, wegen zweitrangiger Probleme gestritten⁵.

II.

Viel zu spät hat man in Prag den Wert einer Verständigung mit Polen erkannt und nur wenige Tage vor der Münchener Konferenz sich an Warschau mit diesbezüglichen Vorschlägen gewandt⁶. Leider hat die engstirnige polnische Diplomatie die grosse Chance nicht ausgenutzt, was man später bereuen sollte.

Derjenige tschechische Politiker, der für die unfreundliche Einstellung Polen gegenüber verantwortlich war, der langjährige Aussenminister und spätere Präsident der Republik, Eduard Benesch (Beneš), musste nach München unter starkem deutschem Druck seinen Posten und sein Land verlassen. Im Exil hat er schliesslich den Irrtum seiner Anschauungen begriffen und die Bedeutung enger Beziehungen zu Polen etwas besser zu verstehen begonnen. Zwei Gründe haben ihm dies erleichtert: erstens, dass sich polnischerseits Leute am Ruder befanden, die nicht die frühere polnische Politik fortsetzen wollten (darüber mehr unten), zweitens, dass, wenigstens in Frankreich, auch Slowaken wirkten, die immer propolnisch gewesen waren. Dieser zweite Grund war deswegen wichtig, weil die von Hitler zur Macht gebrachten Leute in Bratislava (Pressburg) namens des pseudoselbständigen Slowakischen Staates im September 1939 sogar als Deutschlands Verbündete an Polen den Krieg erklärt haben⁷.

An der Spitze der polnischen Exilregierung in Frankreich, und seit Juni 1940 in England, stand General Wladyslaw Sikorski, ein Mann, der mit der antitschechischen Politik seines Landes um 1938 nichts zu tun hatte. Im Gegenteil, als Anhänger der polnischen demokratischen Opposition hat er Kontakte mit Prag angeknüpft und im Jahr 1937 dem damaligen Staatspräsidenten Benesch einen Besuch abgestattet, um die Notwendigkeit der Zusammenarbeit beider Staaten zu besprechen. Leider hatte er damals keinen Einfluss auf den Lauf der Ereignisse, auch wenn er vor der drohenden Gefahr seitens des Pangermanismus öffentlich warnte⁸.

In der Umgebung des neuen polnischen Ministerpräsidenten in Paris befanden sich Politiker, die seine Ansichten über die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit kleineren

4 Der polnische Staat existierte de iure weiter als Mitglied der antideutschen Koalition. Vgl. K. MAREK, *Identity and continuity of states in Public international Law* (Genf 1964).

5 Dazu: J. K. HOENSCH, *Polen u. d. Tschechoslowakei oder das Scheitern der slawischen Solidarität*, in: K. BÖSL, Hg., *Gleichgewicht, Revision, Restauration (...)* (München 1976); L. NOËL, *La Pologne entre deux mondes* (Paris 1984), S. 201ff.

6 Darüber: A. M. CIENCIALA, *Poland and the Western Powers 1938–1939 (...)* (London und Toronto 1968), S. 199ff.

7 Ohne formelle Kriegserklärung haben die slowakischen Truppen im September 1939 an der deutschen Invasion in Polen teilgenommen.

8 Über Sikorski: L. NOËL, op. cit., passim; H. ROLLET, *La Pologne au XX^e siècle* (Paris 1984), S. 331ff.; H. BATOWSKI, *General Wladyslaw Sikorskis Aussenpolitik 1939–1941*, «Polnische Westhefte» 1983, I/1.

Nationen Mitteleuropas teilten, darunter sein Aussenminister Zaleski und der Vertreter der polnischer Bauernpartei Professor Kot, sowie in London der dortige polnische Botschafter Raczyński⁹. Sikorski begegnete Benesch schon im Oktober 1939 in Paris wieder, und seit dieser Zeit datiert die Zusammenarbeit beider Staatsmänner.

Die Polen waren damals in günstigerer Lage als die Tschechen, weil die polnische Exilregierung von den Westmächten (und fast allen neutralen Staaten) als legal anerkannt würde. Dagegen hat Frankreich der Bildung einer tschechoslowakischen Exilregierung nicht zugestimmt und lediglich ein «Comité National» gebilligt, dies nicht einmal unter Beneschs Vorsitz¹⁰. Trotzdem hat Sikorski die Bedeutung der polnisch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit immer, auch in der französischen Presse, hervorgehoben und einen inoffiziellen Vertreter der tschechoslowakischen Emigration beim polnischen Aussenministerium anerkannt. Als im November 1939 der polnische Ministerpräsident zu einem offiziellen Besuch nach London fuhr, hat er auch dem dortigen polnischen Botschafter Raczyński empfohlen, Kontakte mit Benesch zu pflegen.

Während seines Londoner Besuches und der Besprechungen mit den Mitgliedern der britischen Regierung konnte sich Sikorski davon überzeugen, dass die Engländer einer Zusammenarbeit aller mittleren und kleineren mitteleuropäischen Völker positiv gegenüber standen und gewillt waren, die in diese Richtung gehende Tätigkeit zu unterstützen. Dies bestärkte den polnischen Staatsmann in seinen Absichten. Er erklärte seine Bereitschaft, dabei mitzuwirken. Die Lage war zu konkreten Schritten vorläufig noch nicht reif, da die Londoner Regierungskreise gleichzeitig auch an eine Chance, mit der deutschen Antihitleropposition zu einem Kompromiss zu kommen, dachten, was bestimmten englischen Kreisen sogar wichtiger zu sein schien, als etwaige mitteleuropäische Pläne¹¹. Erst nach den neuen deutschen Aggressionen im Frühling 1940 und der nachfolgenden Niederlage Frankreichs hat sich die Lage wesentlich geändert, auch für die von Sikorski gehegten Pläne¹².

Am 21. Juni 1940 wurde der Sitz der polnischen Exilregierung nach London verlegt und auch für die Bildung einer entsprechenden tschechoslowakischen Regierung war der Moment gekommen. Das Foreign Office zeigte sich kooperativer als seinerzeit der Quai d'Orsay, und Benesch konnte sich sogar wieder zum Staatspräsidenten erklären. Aussenminister der tschechoslowakischen Exilregierung wurde der ehemalige Gesandte in London Jan Masaryk, der als aufrichtiger Freund der Polen bekannt war.

Die Zusammenarbeit beider Exilregierungen konnte sich nunmehr auch in formellem Rahmen vollziehen. Benesch und der polnische Exilpräsident Raczkiewicz haben Besuche ausgetauscht, und Sikorski setzte seine Gespräche mit Benesch fort, mit der Zustimmung des Foreign Office und auch des britischen Premiers Churchill, der sich persönlich für diese Zusammenarbeit interessierte.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass auch einige Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Partnern bestanden. Zunächst ging es um das slowakische Problem. Die Polen unterhielten auch Kontakte mit einigen slowakischen Politikern, wie z. B. dem ehemaligen Ministerpräsidenten Hodscha (Hodža), die als Beneschs Antagonisten

9 Vgl. E. RACZYŃSKI, *In allied London* (London 1962), passim; Archivquellen im Londoner Polish Institute (s. Anm. 2).

10 Dazu: DR. EDWARD BENEŠ, *Memoirs. From Munich to new war and new victory* (London 1964).

11 Daraüber: B. MARTIN, *Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939–1942* (2. Aufl., Düsseldorf 1976), passim.

12 Archivquellen im Londoner Public Record Office, Gruppe: F.O. 371, z. B. Band 24376, Berichte von Bruce Lockhardt.

galten. Polnischerseits wünschte man sich für die Zukunft einen föderativen tschechoslowakischen Staat, wogegen Benesch die Rückkehr zu den Zuständen aus der Zeit vor 1938 befürwortete, basierend auf der unrealistischen Doktrin einer «einheitlichen tschechoslowakischen Nation», was die Slowaken verwirrten¹³. Indem er das ganze Problem als eine innere Angelegenheit der Tschechoslowakei ansah, hat Sikorski den Vorstellungen Beneschs stattgegeben und seinen Gesichtspunkt anerkannt, d. h. die Einmischung polnischer Kreise in die tschecho-slowakischen Reibungen verboten¹⁴.

Eine zweite Quelle der Differenzen bildete die Frage des sogenannten Olsagebietes, d. h. des von einer polnischen Mehrheit bewohnten Westteiles des ehemaligen Herzogtums Teschen, der von den Westmächten im Jahr 1920, polnischer Proteste ungeachtet, der Tschechoslowakei zugeschlagen wurde. Da die polnische Volksgruppe von den tschechischen Behörden nicht korrekt behandelt wurde, hat das polnische Außenministerium die Gelegenheit der Verwirrung nach dem Münchener Diktat ausgenutzt, um mittels eines Ultimatums die Abtretung dieses Gebiets an Polen zu erreichen, was bei den Tschechen viel Bitterkeit verursachte¹⁵. Bei den Besprechungen in London konnte man sich nicht über diese Angelegenheit einigen; vernünftigerweise hat man jedoch beschlossen, über sie erst später nochmals zu verhandeln. Sikorski, obgleich er das Ultimatum von 1938 verurteilte, war der Meinung, dass ein von Polen bewohntes Gebiet dem polnischen Staat gehören sollte. Benesch neigte teilweise zu einem Kompromiss, was aber anderen tschechischen Politikern missfiel¹⁶.

Schliesslich, gab es zwischen Sikorski und Benesch Meinungsverschiedenheiten in einer anderen wichtigen Frage. Es handelte sich um das künftige Verhältnis beider Staaten zur Sowjetunion. Nach der Aggression vom 17. September 1939 und der Annexion der Ostprovinzen Vorkriegspolens herrschte in den Augen der Polen zwischen ihnen und der Sowjetunion der Kriegszustand, wobei man sogar hoffte, die verlorenen Gebiete wiedererlangen zu können¹⁷. Benesch war realistischer, und vor allem rechnete er auf den Bruch zwischen den damals zusammengehenden Deutschen und Sowjetrussen, was eine Niederlage des Hauptfeindes, d. h. Hitlerdeutschlands, herbeiführen müsste. Deswegen unterhielt Benesch auch Kontakte mit der Sowjetbotschaft in London. Die Tschechen hatten ja keine Konflikte mit der UdSSR, ganz anders als die Polen.

Nicht nur die Frage der polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen beschäftigte Sikorski und Benesch wie auch das Foreign Office. Sowohl Polen als auch die Tschechoslowakei hatten noch andere Nachbarn unter den kleineren Völkern des ostmitteleuropäischen Raumes. Die damit verbundenen Probleme konnten auch die polnisch-tschechoslowakische Annäherung entweder unterstützen oder hemmen beziehungsweise verhindern.

Im Juni 1940 hat die sowjetische Invasion der ostbaltischen Republiken begonnen, was nachher zur erzwungenen Eingliederung dieser drei Länder in die UdSSR führen sollte. Die Polen interessierten sich lebhaft für dieses Geschehen, das ihre Pläne in der künftigen Ostseepolitik zunichte machen musste. Ganz besonders war Polen an Li-

13 Vgl. J. A. MIKUS, *Slovakia – a political history 1918–1948* (Milwaukee, Wis., 1965), passim.

14 Archivquellen wie in Anm. 2: dort Raczyńskis Berichte über seine Besprechungen mit Tschechen und Slowaken.

15 H. ROLLET, op. cit., 307; A. M. CIENCIALA, op. cit., TH. PROCHAZKA, *The Second Republic*, in: V. S. Mamatey, R. Luza, Hg., «A History of the Czechoslovak Republic» (Princeton, N.J., 1973), S. 259ff.

16 Darüber: L. FEIERABEND, *Prag – London vice versa. Erinnerungen 1939–1950* (Bonn usw. 1973), S. 61.

17 Vgl. A. POLONSKY, Hg., *The Great Powers and the Polish question 1939–1945* (London 1976), S. 78.

tauern interessiert, und diese Tatsache wurde auch bei der Unterzeichnung des polnisch-britischen Beistandspaktes vom Jahre 1939 von den Engländern anerkannt. Übrigens wurde das sowjetische Vorgehen im Baltikum von Grossbritannien als unrechtmässig betrachtet. Zur Zeit jedoch konnte man an der neuen Lage nichts ändern, und der Plan Sikorskis, auch Litauen als Mitglied der künftigen mitteleuropäischen Assoziation einzubeziehen, erwies sich als hoffnungslos¹⁸.

Indessen hat Sikorski seit jeher an die Wiederherstellung der Freundschaftsbeziehungen zu Ungarn gedacht, die seit September 1939 durch die freundschaftliche Politik der Budapester Regierung gegenüber den sehr zahlreichen polnischen Flüchtlingen in Ungarn bestätigt wurde. Dagegen waren die Beziehungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei seit der Krise von 1938 (und auch früher) sehr schlecht¹⁹. Sikorski dachte an die Rolle eines Vermittlers und wollte Benesch überzeugen, dass man Ungarn einen Teil der im Jahr 1938 zwangsweise abgetretenen Gebietssplitter belassen sollte, um mit diesem Nachbarn einen Kompromiss zu erlangen. Eine polnisch-tschechoslowakisch-ungarische Kombination schien in Sikorskis Augen eine günstige Grundlage für die künftige Neuordnung in Mitteleuropa. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Vermittlung nicht erfolglos gewesen wäre²⁰. Ausserdem hat die polnische Diplomatie auch Rumänien nicht vergessen, das doch bis September 1939 Polens Bundesgenosse gewesen war. Zur Zeit jedoch, im Sommer 1940, bei dem immer stärkeren deutschen Einfluss in Bukarest und der antipolnischen Einstellung der dort damals an der Macht befindlichen faschistischen «Eisernen Garde» war die erwünschte Vermittlung zwischen Ungarn und Rumänien nicht möglich²¹.

Benesch interessierte sich seinerseits für das künftige Schicksal Österreichs, eingedenk der Tatsache, dass sich nach dem Anschluss von 1938 die strategische Lage der Tschechoslowakei wesentlich verschlechtert hatte, da sie seither von «reichsdeutschem» Territorium auch von Süden her umklammert wurde. Sikorskis Plan der Aufnahme Ungarns in den künftigen Staatenbund wollte Benesch durch den Eintritt Österreichs vervollständigen, was auch wirtschaftlich von Bedeutung sein würde²².

Die polnisch-tschechoslowakisch-ungarische Kombination würde bis an die jugoslawische Grenze reichen. Mit Jugoslawien waren die Beziehungen Polens immer sehr gut, wenn auch im Jahre 1940 wegen des stärkeren deutschen Einflusses in diesem Lande etwas geschwächt. Über unsere Zeitspanne hinausgehend, nach der seit 1941/42 sich vorbereitenden jugoslawisch-griechischen Konföderation²³, würde sich gegebenenfalls der neue Staatenbund von der Ostsee bis zur Adria und dem Ägäischen (und nach Einbezug Rumäniens auch zum Schwarzen) Meer ausweiten, ein wirkliches «Intermarium», wie es in der polnischen Publizistik häufig evoziert worden war.

18 Zu den Ereignissen im Baltikum im Sommer 1940 z. B. G. VON RAUCH, *Geschichte der baltischen Staaten* (München 1977), 206ff.

19 Dazu: J. K. HOENSCH, *Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei* (Tübingen 1967), passim.

20 Archivquellen im Londoner Public Record Office, wie oben, Anm. 11.

21 Zum ungarisch-rumänischen Antagonismus: GY. JUHASZ, *Hungarian foreign policy 1919–1945* (Budapest 1979), 168ff.; E. CAMPUS, *The Little Entente and the Balkan Alliance* (Bukarest 1978).

22 Die Protokolle der polnisch-tschechoslowakischen Besprechungen 1941–1943 im Archiv des Londoner Polish Institute (wie oben, Anm. 13).

23 Dazu: ST. K. PAVLOWITCH, *The Balkan Union agreement 1942*, in «Rivista di relazioni internazionali» III (Florenz 1987), 99ff.

III.

Nachdem Sikorski, zusammen mit Aussenminister Zaleski und Botschafter Raczynski, im September und Oktober 1940 mehrmals das Problem der polnisch-tschechoslowakischen organischen Assoziation mit Benesch und dessen Mitarbeitern besprochen hatte, worüber das Foreign Office ständig informiert war und seine Zufriedenheit nicht verhehlte, beschloss man, die bisher erreichten Ergebnisse in einer feierlichen Akte den anderen Regierungen und der Weltöffentlichkeit vorzustellen.

Ein äusserer Impuls war hinzugekommen. Am 27. September 1940 hatten die «Achsenmächte», Deutschland und Italien, sowie Japan in Berlin den sogenannten Dreimächtepakt unterzeichnet, worin über eine «Neuordnung» in Europa (bzw. Ostasien was Japan betrifft) im faschistischen Sinn die Rede war. Die Achsenmächte wollten sich natürlich die Hegemonie in Europa (bzw. Ostasien) sichern, der alle kleineren Völker untergeordnet sein sollten. Kurz danach hat Berlin auch Ungarn, Rumänien und den Vasallenstaat Slowakei als Partner zweiter Klasse zur Mitgliedschaft herangezogen²⁴.

In den polnischen Kreisen in London wusste man sehr gut, dass weder die Ungarn noch die Slowaken sowie ein grosser Teil der Rumänen die achsenfreundliche Politik ihrer Regierungen unterstützten. Deswegen beschloss man, dem deutschen Plan eines von Berlin aus dirigierten Mitteleuropa ein klares Programm der freiwilligen Zusammenarbeit der freien mitteleuropäischen Völker, in einem Staatenbund vereinigt, entgegenzustellen.

Man setzte den 11. November – den Jahrestag der deutschen Kapitulation von 1918 – als Datum der feierlichen Proklamation der gemeinsamen polnisch-tschechoslowakischen Erklärung fest. Nach der schon am Anfang dieses Beitrags zitierten Präambel über die künftige Assoziation beider Staaten nahm man auch zum Berliner Pakt Stellung:

«Beide Regierungen brandmarken die zynische Komödie, die die Anführer Hitlerdeutschlands zu veranstalten versuchen, indem sie sich zu Gründern einer neuen europäischen Ordnung ernennen. Die Heuchelei dieser Worte sieht man am besten, wenn man die deutschen Bemühungen betrachtet, um unsere beiden altehrwürdigen Nationen, die soviel zum gemeinsamen Schatz der Zivilisation der Menschheit beigetragen haben, zu vernichten²⁵.»

Leider war der Gedanke einer freien mitteleuropäischen Staatenassoziation im Jahr 1940 noch nicht verwirklichungsreif²⁶. Erst jetzt, im Jahre 1990, können die vom früheren Druck seitens der UdSSR befreiten Völker den Weg der Verständigung und der Zusammenarbeit betreten²⁷.

24 Diese drei Staaten haben ihren Beitritt im November 1940 erklärt.

25 Übersetzt aus dem Englischen, nach P. S. WANDYCZ, op. cit., S. 128–129.

26 Ebenda, Seite 75ff.; dort auch weitere Dokumente aus d. J. 1942–43.

27 Ein Aufsatz des Verfassers zum Zeitgeschehen in Ostmitteleuropa soll im Herbst 1990 in den «Österreichischen Ostheften» (Wien) erscheinen.